

Berantwortliche Redakteure.

Für den politischen Theil:

E. Fontane,

für Denkschreiber und Vermischtes:

J. Steinbach,

für den übrigen redact. Theil:

H. Schmelehaus,

sämtlich in Posen.

Berantwortlich für den Inseratentheil:

O. Knorre in Posen.

Posener Zeitung

Siebenundneunziger

Jahrgang.

Mr. 544.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierjährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 7. August.

Inserate, die schrägpalierte Zeitzeile über deren Raum in der Morgenzeitung 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an besetzter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenzeitung bis 5 Uhr Nachtm. angenommen.

1890.

Amtliches.

Berlin, 6. August. Der Kaiser hat im Namen des Deutschen Reichs den nachgenannten Beamten der elsässisch-lothringischen Bauverwaltung, nämlich: dem Kreis-Bauinspektor Schmidt in Saarunion, dem Kreis-Bauinspektor Heidegger in Meß, dem Wasser-Bauinspektor Glüther in Straßburg, dem Kreis-Bauinspektor Pfersdorff in Straßburg, dem Bezirks-Bauinspektor Mezenthin in Straßburg, dem Kreis-Bauinspektor Sallmann in Weizenburg, dem Wasser-Bauinspektor Doell in Saarburg, dem Kreis-Bauinspektor Boehm in Diedenhoefen, dem Kreis-Bauinspektor Freiherrn v. Althaus in Colmar, dem Wasser-Bauinspektor Neumeyer in Colmar und dem Wasser-Bauinspektor Mangold in Colmar den Charakter als Baurath verliehen.

Der König hat dem außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität Halle-Wittenberg Dr. Märker den Charakter als Geheimer Regierungsrath, sowie dem Musikalienhändler Warmuth in Christiania das Prädikat eines Königlichen Hof-Musikalienhändlers verliehen.

Der Königliche Regierungs-Baumeister Beilstein in Braunsberg O.-Pr. ist zum Königlichen Kreis-Bauinspektor ernannt und denselben die Kreis-Bauinspektorstelle daselbst verliehen worden.

Politische Uebersicht.

Posen, 7. August.

Der Hauptgegner der Errichtung verantwortlicher Reichsministerien ist bisher der Fürst Bismarck gewesen. Er war so durchdrungen von der Ansicht, daß die Spitze aller Verwaltung in einer Hand, und zwar in der seinigen, liegen müsse, daß er auch in Preußen das Kollegialsystem sehr schwer ertragen hat, und so viel in seinen Kräften lag, dazu beigebringen hat, daß von einem Kollegialsystem nicht viel mehr als ein Schatten übrig bliebe. Fürst Bismarck hat es indeß geliebt, außer dem Hauptgrund, den er gegen die Einsetzung verantwortlicher Reichsminister hatte, noch einen zweiten geltend zu machen. Er meinte, ein kollegiales Reichsministerium widerspreche dem föderativen Charakter der deutschen Reichsverfassung und werde deswegen beim Bundesrathe, insbesondere bei den größeren Staaten des Bundes, auf unüberwindliche Abneigung stoßen. Ob dies richtig ist oder nicht, ist sehr schwer zu sagen. Jedenfalls hat sich niemals ein mittelstaatlicher Minister oder Diplomat vor Tische des Bundesraths her mit so großem Nachdruck gegen die Einsetzung verantwortlicher Reichsministerien ausgesprochen, wie Fürst Bismarck es gethan hat. Es war daher sehr natürlich, daß man vielfach jetzt die Erwartung hegte, es würde ein großer Schritt geschehen, um verantwortliche Reichsminister einzusezen, und nachdem Herr v. Bemmigen vor nicht langer Zeit die Einsetzung eines verantwortlichen Reichsfinanzministers für unerlässlich erklärt hatte, lag die Erwartung nahe, daß Herr Miquel nunmehr das Reichsfinanzministerium mit dem preußischen Finanzministerium verbinden werde. Ein Organ, dem man indessen eine genauere Kenntnis der Ansichten des Herrn Miquel zutrauen kann, nämlich der „Hannov. Cour.“, spricht sich aber jetzt gegen diese Erwartung aus. Herr Miquel werde es allerdings als seine Aufgabe betrachten, die Finanzen Preußens in eine möglichst enge und organische Beziehung zu denen des Reichs zu bringen und damit tatsächlich die Stellung eines Reichsfinanzministers einzunehmen, aber organische Veränderung der Reichsverfassung läge nicht in seiner Absicht.

„Wir glauben, so bemerkt dazu die „Frei. Ztg.“, daß der preußische Finanzminister, der ja regelmäßig und auch in diesem Augenblick Mitglied des Bundesraths ist, es vollständig in seiner Hand hat, den Reichsschatzsekretär in einen Zustand zu versetzen, in welchem seine Thätigkeit kaum bemerkbar wird. Es liegt in der Hand eines jeden Bundesrathsmitgliedes, seine Ansichten im Schoße dieses Kollegiums zu vertreten, und wie weit er von dieser Möglichkeit Gebrauch machen will, hängt ab von den Aufträgen, die er erhalten hat, von seinen Fähigkeiten und seinem Charakter. Wenn Herr von Scholz gewisse Steuerprojekte im Reiche als preußisches Mitglied des Bundesraths betrieb, dann wußte er der Welt völlig in Vergessenheit zu bringen, daß es einen Reichsschatzsekretär gebe, und das kann Herr Miquel auch. Und so lange Herr v. Malzahn-Gülik Schatzsekretär bleibt, wird dieser ihm gewiß keine Schwierigkeiten verursachen.“

Ein in Bochum erscheinendes Blatt bringt Entschlüsse über die Einstellung einer Anzahl Industrieller zur Einkommensteuer, welche, wenn die Mittheilungen auch nur zum Theil wahr sind, nicht blos die staatlichen Behörden zum Einschreiten veranlassen müssen, sondern auch die Notwendigkeit einer Reform der direkten Staatssteuern in Preußen von Neuem darthun. Das Blatt beschäftigt sich mit zwölf Bürgern Bochums, Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung oder der Steuereinschätzungs-Kommission, welche im Vergleich zu ihrem Einkommen viel zu geringe Staats- und Gemeindesteuern zahlen. Es macht die Personen sämtlich namhaft, gestattet also allen Beteiligten eine genaue Prüfung der Verhältnisse. Am meisten Aufsehen erregen die Angaben über die Einstellung des Geh. Kom-

merzienraths Baare, General-Direktors der Aktiengesellschaft „Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation“, Mitglied des Staatsraths, ehemaligen Landtagsabgeordneten für Bochum-Dortmund und eines der energischen und einflußreichsten Führers der westfälischen Schützöllner. Herr Baare ist nach der Behauptung jenes Blattes mit einem Einkommen von 28 800 bis 32 400 zu einer Staatssteuer von 864 M. eingeschätzt, soll aber als Generaldirektor des Bochumer Vereins an Gehalt und Tantieme durchschnittlich 150 000 M. bezogen haben, während die Einnahmen aus seinem Privatbesitz noch auf 180 000 M. zu veranschlagen sein sollen. Einem Einkommen von 330 000 M. würde ein Staatssteuerbetrag von 9000 M. jährlich entsprechen und nach den Staatssteuern richten sich bekanntlich die Kommunalsteuern, welche in Bochum mit mindestens 200 Prozent der Staatssteuer erhoben werden. Herr Baare hat so wenig wie einer der anderen Herren, unter denen sich auch der jetzige Landtagsabgeordnete Dr. Schulz befindet, bis jetzt gegen die Aufstellungen des Blattes protestiert. Die Gemeinden des niederrheinisch-westfälischen Industriebezirkess klagen stets über die Höhe der Kommunalsteuern, die in manchen Orten mehr als 400 Prozent der Staatssteuern betragen; es ist aber bekannt und auch im Abgeordnetenhause mehrfach betont worden, daß im Westen bei der Einstellung zu den direkten Staatssteuern, besonders zu der Staatssteuer, viel gelinder verfahren wird, als z. B. im Osten oder wenigstens in den Städten der östlichen Provinzen. Daß aber derartige Zustände herrschen können, wie sie jetzt aus Bochum gemeldet werden, wird man kaum für möglich gehalten haben. Der hohe Prozentsatz der Kommunalsteuern wird dadurch sehr erklärlich. Auffallend ist es aber doch, daß so etwas vorkommen konnte. Herr Miquel, der jetzige Finanzminister wird es gewiß als seine Pflicht ansehen, der Angelegenheit näher zu treten, und das Ergebnis der Untersuchung bei der Ausarbeitung seines Steuergesetzentwurfes zu berücksichtigen.

Aus dem 15. hannoverschen Reichstagswahlkreis (Nelzen) wird der „Nat.-Lib. Korr.“ mitgetheilt, daß von den nationalliberalen Vertrauensmännern des Kreises Gutsbesitzer Alb. Meyer zu Riestedt, ein Schwiegersohn des verstorbenen Landtagsabgeordneten Senators Plinke, als Kandidat für die auf den 19. August anberaumte Reichstagswahl aufgestellt ist. Die nationalliberalen Vertrauensmänner könnten sich um so weniger dazu entschließen, den vom „Verein reichstreuer Landwirthe“ aufgestellten Ritterguts-Besitzer v. Estorff auf Beersen als Kandidaten zu acceptiren, als abermals dem Bedürfnis eines Zusammengehens der nationalen Parteien von dem genannten konservativen Verein nicht Rechnung getragen, sondern ohne Befragen der stärkeren nationalliberalen Partei im Kreise einseitig mit der Aufstellung des Herrn von Estorff vorgegangen wurde. Aus politischen Rücksichten wäre die Kandidatur des Herrn von Estorff übrigens gar nicht annehmbar gewesen, da sich derselbe der gemäßigten liberalen Richtung als Hochkonservativer jener schroff entgegengestellt hatte. Demnach bewerben sich um das Mandat des verstorbenen Abgeordneten v. Bernstorff diesmal fünf Kandidaten. Gewählt wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch diesmal der welfische Kandidat Brüel.

Nach einer Matri der Meldung werden die Cortes vorläufig im Dezember aufgelöst und dann auf Grund des auch von den Konservativen acceptirten allgemeinen Wahlrechts Neuwahlen ausgeschrieben werden. Die neue Kammer wird sich vornehmlich mit wirtschaftlichen Fragen zu beschäftigen haben, da das Kabinett Canovas sich in erster Linie die Hebung des Ackerbaues und die Durchführung einer schützöllnerischen Handelspolitik zur Aufgabe gemacht hat. Außerdem wird die Legislative durch die Militär-Reformen in Anspruch genommen werden. Ebenso soll der Marineminister Veranger entschlossen sein, den Ausbau der Kriegssflotte, für welchen die Cortes umfangreiche Summen bewilligt haben, in jeder Weise zu beschleunigen.

In einer Konstantinopeler Korrespondenz wird dem „Pesti Hirlap“ über die jüngsten armenischen Unruhen in Erzerum und Konstantinopel selbst berichtet. Vor einigen Wochen, so wird dem genannten Blatte geschrieben, ist in Paris ein reicher Armenier, Namens Sanasarian, gestorben, der in mehreren Städten Armeniens und insbesondere in Erzerum aus eigenen Mitteln Schulen gründete. Die Schule in Erzerum war eine wahre Musteranstalt, an der in England und in Deutschland gebildete Lehrer wirkten. Diese Schule war den Türken und insbesondere dem Gouverneur Sami Pascha ein Dorn im Auge, da er die Professoren im Verdachte hatte, daß sie staatsfeindliche Pläne hegten. In diesem

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17,
ferner bei H. G. Schles. Hofliefer,
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke,
Ollo Niekisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8,
in Griesen bei S. Chapskij,
in Weimar bei H. Wallach,
in Wreschen bei J. Jodzohr
u. d. Inserat-Annahmestellen
von G. L. Daube & Co.,
Haaselein & Vogler, Rudolf Rose
und „Inseratendienst“.

Inserate, die schrägpalierte Zeitzeile über deren Raum in der Morgenzeitung 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an besetzter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenzeitung bis 5 Uhr Nachtm. angenommen.

Verdachte wurden die türkischen Behörden durch einen anonymen Brief bestärkt, demzufolge in der genannten Schule und in der Hauptkirche zu Erzerum Waffen vorräthe verborgen sein sollten. Als Verfasser dieser Denunziation wurde der Konstantinopeler armenisch-katholische Patriarch Azarian angesehen und dies hat den Zwist zwischen den katholischen und orthodoxen Armeniern außerordentlich verschärft. Auf Grund jener Denunziation ertheilte der türkische Minister des Innern dem Gouverneur von Erzerum den Befehl, in der dortigen Schule und in der Kathedrale Durchsuchungen vorzunehmen. Grade als für Sanasarien der Todtendienst gehalten wurde, drangen türkische Soldaten in die Kirche, und es kam zu einem blutigen Konflikt, wobei 35 Armenier, darunter der Erzerumer Bischof Nethütschan, und 23 Türken getötet wurden. Weder in der Kirche noch in der Schule wurden irgend welche Waffen gefunden. Eine Folge dieser Vorgänge war, daß die Pforte die Divisions-Generale Hassan Chairi Pascha und Osman Nuri Pascha zu Gouverneuren von Erzerum und Van ernannte, woraus das Gerücht entstand, daß über Armenien der Belagerungszustand verhängt worden sei. Gleichzeitig mit diesen betrübenden Nachrichten trafen in Konstantinopel Meldungen von neuen Ausschreitungen der Kurden und Tscherken in anderen Theilen Armeniens ein. Da außerdem von der Pforte auch noch die Drucklegung des armenischen Kalenders für 1891 verboten wurde, so reichte der armenische Patriarch Aschikian eine schriftliche Verwahrung bei dem Hoffräter Sireja Pascha ein, worin er sich über das von der Pforte den Armeniern gegenüber bewiesene Misstrauen und über die Straflosigkeit Musa Beys beschwerte und verlangte, daß derselbe nochmals vor Gericht gezogen werde. Nach den Erzerumer Vorgängen verbreitete sich die Nachricht, daß Aschikian demissionirt hätte, was er aber nicht that, worauf die Konstantinopeler Armenier in ihn drangen, Genugthuung zu verlangen oder aber zurückzutreten. Da diesen Beschwerden noch immer nicht abgeholfen wurde, so beschlossen die Armenier, am Sonntag den 27. Juli eine Demonstration zu machen, damit die Sache dem Sultan zu Ohren komme. Sie hatten gehofft, Aschikian werde sich, wie vor einigen Jahren Erzbischof Nar Bey Susnian, an die Spitze der Demonstranten stellen. Als Aschikian dies ablehnte und sich beiseite halten wollte, da ertönte der Ruf: „Herunter mit ihm!“ in der Kirche, und es entstand jener Kampf, an welchem auch die türkischen Gendarmen theilnahmen und der sieben Menschen das Leben kostete. Zum Schlusse nimmt der Korrespondent die Armenier gegen den Verdacht in Schutz, daß sie russisch gesinnt seien.

Deutschland.

Berlin, 6. August. Aus Hamburg bringt das sozialdemokratische „Berliner Volksblatt“ die Klage, daß diejenigen Arbeiter, welche die Arbeit unter Erklärung des Ausstifts aus dem Fachverein wieder aufnehmen wollen, „in vielen Fällen mit Hohn und Spott zurückgewiesen“ worden seien. Ob diese Angabe tatsächlich zutrifft, ist uns nicht bekannt. Falls sie auf Wahrheit beruht, würde sie ein Übermaß von Kampfslust auf Seiten der Arbeitgeber beweisen, das mindestens ebenso sehr zu bedauern wäre, wie die Ausschreitungen, deren Streifende sich gegen Arbeitgeber oder gegen beschäftigte Arbeiter schuldig machen. Der Kampf der Unternehmer-Organisationen gegen die Arbeiter in Hamburg hat in dem gegenwärtigen Stadium, wo es sich augenscheinlich nur noch um die thäthliche Beseitigung des Koalitionsrechtes handelt, ohnehin etwas höchst Gefährliches. Daß gar derjenige, welcher sich in die Verkümmерung seines Koalitionsrechtes fügt, also die ausgesprochene Bedingung der Wiedereinstellung erfüllt, mit Hohn zurückgewiesen werde, würde wirklich das übersteigen, was man einem Unternehmer und Staatsbürger mit einem Minimum von Rechtssinn und Klugheit zutrauen kann. Wir wiederholen, daß wir die Vertretung der Richtigkeit der erwähnten Behauptung selbstverständlich dem „Berl. Volksbl.“ überlassen müssen. — — Die im Herbst zusammentretende große Kommission zur Beratung einer durchgreifenden Schulreform wird selbstverständlich ein ausgearbeitetes Programm vorfinden, an welches die Verhandlungen Punkt für Punkt sich werden anlehnen können. Indessen liegt es im Wesen dieser schwierigen Fragen, daß Raum bleiben muß für die Aufrührung und Verhandlung von Reformvorschlägen, die theils aus der Mitte der Versammlung selber kommen, theils als Anträge von Fachmännern und Schulreformfreunden an die Kommission herantreten werden. Das Material, das zu bewältigen ist, stellt sich als so überaus umfangreich dar, daß die freiwillige Mitarbeiterschaft auch weiterer Kreise nur wird willkommen sein können. Je freier und ungezwungener die allgemeine

